



Bundesministerium für
Wirtschaft und Arbeit
Sektion Arbeitsrecht und Arbeitsinspektion
Abteilung III/8
Stubenring 1
1011 Wien

Wien, am 15. November 2007
Zl.342ema/ro
III-StellN.2007-StN.GIBhG
Dr. Moczarski, DW 411

[eMail: post@III8.bmwa.gv.at](mailto:post@III8.bmwa.gv.at)

Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gleichbehandlungsgesetz, das Bundesgesetz über die Gleichbehandlungskommission und die Gleichbehandlungsanwaltschaft und das Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz geändert werden; GZ: BMWA-462.207/0025-III/8/2007

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Verband Angestellter Apotheker Österreichs bedankt sich für die Möglichkeit, zu dem im Betreff genannten Entwurf Stellung nehmen zu können.

Wir begrüßen den vorliegenden Entwurf als konsequente Weiterentwicklung des Gleichbehandlungsrechtes und Diskriminierungsschutzes, halten insbesondere die Anhebungen der Mindestschadenersatzansprüche, die Verbesserungen beim Schutz vor Verjährung und die sukzessive Einbeziehung weiterer Lebensbereiche außerhalb des Arbeitslebens für äußerst begrüßenswert und dem gesellschaftspolitischen Auftrag entsprechend.

Mit freundlichen Grüßen

Präsident:

iV Mag.pharm. Ulrike Mayer
1. Vizepräsidentin



gf. Direktor

iV Mag.pharm. Raimund Podroschko
2. Vizepräsident